

**Interpellation Bruss-Diepoldsau / Böhi-Wil:
«Schwarze Liste – Abschaffung nicht, bevor das Problem gelöst ist**

Für Personen, die ihre Krankenkassenprämien nicht bezahlen wollen, besteht eine Sanktion, indem sie lediglich bei einem medizinischen Notfall behandelt werden. Diese Sonderbehandlung ist gerechtfertigt, da es nicht nachvollziehbar ist, dass säumige Prämienzahler gratis die gleichen medizinischen Leistungen beziehen können wie die Versicherten, die ihre Prämien regelmässig bezahlen. Im Übrigen sind Bezüger von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen sowie Kinder von dieser Sanktionsmöglichkeit nicht betroffen.

In der Praxis erweist sich die Anwendung der Schwarzen Liste jedoch als nicht zufriedenstellend, insbesondere für die Leistungserbringer. Die Definition und der Umgang mit Notfallbehandlungen sind teilweise unklar, ebenso die Wirkung dieser Massnahme auf die Zahlungsbereitschaft der säumigen Prämienzahler.

Die Begleichung der Verlustscheine – der Kantonsanteil beträgt aktuell gegen 15 Mio. Franken – aus Steuergeldern und die zusätzlichen Kosten für den Verwaltungsaufwand bei Kanton und Gemeinden lassen Zweifel an der Verhältnismässigkeit der Führung der Schwarzen Liste aufkommen.

Die geplante Problemüberwälzung an die Gemeinden gemäss IX. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung (22.19.16) ist nicht zweckmässig.

Um die Akzeptanz des steigenden Aufwands für Prämienverbilligungen und für die Übernahme der Krankenkassenprämien zugunsten wirtschaftlich schwacher Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten, ist die ersatzlose Abschaffung der Schwarzen Liste keine Option, sondern andere Lösungen sind zu prüfen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es zur Führung der Schwarzen Liste Alternativen, welche die regelmässigen Prämienzahler gegenüber den Säumigen nicht benachteiligen?
2. Wie beurteilt die Regierung die Option, dass bei Bestehen eines Zahlungsbefehls die Krankenkassenprämien direkt vom Einkommen des Schuldners abgezogen werden?
3. Welche gesetzgeberischen Schritte wären für die Einführung dieser Option notwendig und auf welcher Staatsebene?»

18. Mai 2020

Bruss-Diepoldsau
Böhi-Wil